



Dr. Stefanie Hubig
BUNDESMINISTERIN DER JUSTIZ UND FÜR VERBRAUCHERSCHUTZ

Anton-Wilhelm-Amo-Straße 37
10117 BERLIN

19. Januar 2026

An die
Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion
im Deutschen Bundestag

An die
Mitglieder der SPD-Fraktion
im Deutschen Bundestag

per E-Mail

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

auch wenn das Jahr schon ein paar Tage alt ist, möchte ich Ihnen allen von Herzen viel Glück, Gesundheit und Erfolg für 2026 wünschen! Der Jahresanfang ist immer auch eine gute Gelegenheit für ein kurzes Innehalten und einen Blick zurück – und auf das, was vor uns liegt.

Das Jahr 2025 war ein gutes Jahr für die Rechts- und Verbraucherschutzpolitik. Warum? Weil wir schnell und entschlossen gehandelt und eine Reihe wichtiger Verbesserungen erreicht haben. Unsere Bilanz nach knapp acht Monaten kann sich sehen lassen: 24 Gesetzentwürfe aus dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz hat das Kabinett beschlossen. Davon elf Vorhaben, die bereits im Bundestag abschließend beraten wurden. Zahlreiche Vorhaben wirken bereits. Ein starkes Beispiel: die Verlängerung der Mietpreisbremse. Sie wäre ausgelaufen und in München, Mainz oder Potsdam hätten die Mieten ab sofort wieder ungebremst steigen können. Das haben wir verhindert. Wir haben gemeinsam die Mietpreisbremse verlängert!

Für 2026 habe ich mir erneut viel vorgenommen. Unsere Justiz- und Verbraucherschutzpolitik soll konkret dazu beitragen, den Alltag der Menschen leichter, sicherer und bezahlbarer zu machen. Wir wollen Vertrauen zurückgewinnen – in den Staat, in den Rechtsstaat und in unsere Demokratie.

Ein zentrales Thema bleibt das Wohnen. Familien finden gerade in Ballungszentren keine bezahlbaren Wohnungen mehr. Pflegekräfte, Polizistinnen und Erzieher pendeln stundenlang, weil sie sich die Miete in der Stadt nicht leisten können. Innerstädtische Wohnungen werden als Ferienapartments vermarktet, mit Indexmieten versehen oder „möbliert auf Zeit“ zu Mondpreisen angeboten. Das akzeptieren wir nicht. Indexmieten, Kurzzeitvermietungen und die Vermietung von möbliertem Wohnraum werden wir stärker regulieren. Wohnen darf kein Luxus sein.

Gleichzeitig will ich auch deutlich sagen: Für Entspannung im Wohnungsmarkt braucht es mehr Neubau. Deshalb machen wir das Bauen einfacher, schneller und damit günstiger. Gemeinsam mit Verena Hubertz und dem Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen erarbeiten wir einen neuen Vertragstyp – zum Gebäudetyp E: E wie einfach! Ein einfacher Standard soll vertraglich vereinbart werden können – rechtssicher, unbürokratisch und günstiger. Damit schneller gebaut wird und schneller bezahlbarer Wohnraum entsteht.

Echter Verbraucherschutz bedeutet, Ressourcen zu schonen und Menschen finanziell zu entlasten. Deshalb führen wir ein Recht auf Reparatur bei hochpreisigen Alltagsgegenständen ein. Geht die Spülmaschine oder das Smartphone kaputt, soll man sich künftig an den Hersteller wenden können – zu fairen Preisen und mit garantierten Ersatzteilen. Wer repariert statt wegwirft, erhält künftig eine verlängerte Gewährleistung von drei Jahren. Das ist nachhaltig, schützt die Umwelt, stärkt Handwerk und Unternehmen, die langlebig produzieren. Und es schont den Geldbeutel der Verbraucherinnen und Verbraucher.

Ein weiterer Schwerpunkt ist der Schutz vor Gewalt. Die Reform des Gewaltschutzgesetzes soll zügig kommen. Vor allem bei häuslicher Gewalt wollen wir, dass Familiengerichte künftig die elektronische Fußfessel für Gewalttäter anordnen können. Wer sich nicht an Annäherungsverbote hält, muss mit härteren Konsequenzen rechnen. Und die Opfer häuslicher Gewalt, vor allem Frauen, werden es leichter haben, ihren Alltag zu bewältigen, ohne Angst haben zu müssen, auf den Täter zu treffen. Mit verpflichtenden Anti-Gewalt-Trainings verbessern wir überdies die Prävention. Ausdrücklich regeln wollen wir in diesem Jahr auch, dass häusliche Gewalt bei Entscheidungen über das Sorge- und Umgangsrecht maßgeblich zulasten des Gewalttäters zu berücksichtigen ist. Wer in der Familie Gewalt ausübt, kann sich nicht hinter Elternrechten verstecken.

Weitere Änderungen, die ich mir vorgenommen habe: Im Strafgesetzbuch stellen wir klar: Wer K.-o.-Tropfen einsetzt, um Menschen auszurauben oder sexuell zu missbrauchen, muss künftig mit einer Mindeststrafe von fünf Jahren rechnen. Unser Signal: Klare Kante für den Schutz der Opfer.

Was im analogen Raum gilt, muss auch im digitalen gelten. Wer im Netz bedroht, eingeschüchtert oder diffamiert wird, soll sich schneller und wirksamer wehren können. Deshalb stärken wir private Auskunftsverfahren und schaffen einen Anspruch auf eine richterlich angeordnete Accountsperrung. In Bezug auf bildbasierte sexualisierte Gewalt und die missbräuchliche Verbreitung von Deepfakes schließen wir Lücken im Strafrecht.

Hört man sich in der Justiz und in den Ermittlungsbehörden um, herrscht Einigkeit darüber: Wir müssen Kriminalität im Internet wirksamer bekämpfen. Täter kommen viel zu oft davon, vor allem bei Kinderpornographie, Online-Betrug und strafbarem Hass im Netz. Das wollen wir ändern. Internetanbieter nehmen wir stärker in die Pflicht: Sie sollen IP-Adressen vorsorglich drei Monate speichern. Denn IP-Adressen sind oft die einzigen Spuren, die Täter im digitalen Raum hinterlassen. Die IP-Adressenspeicherung kann den Ermittlern entscheidend helfen: Sie sorgt dafür, dass digitale Spuren auch später noch verfolgt werden können, wenn das für die Aufklärung einer Straftat erforderlich ist. Der Schutz und die Wahrung der Grundrechte sind für mich dabei sehr wichtig. Die Vertraulichkeit von Kommunikation bleibt strikt gewahrt. Bewegungs- und Persönlichkeitsprofile sind ausgeschlossen. Es geht uns um eine Stärkung der Strafverfolgung – und das strikt im Rahmen unserer Verfassung und des Europarechts. Mit unserem Gesetzentwurf wollen wir eine jahrelange Debatte zu einem guten Ergebnis führen. Wir schaffen eine Lösung, die wirksam ist und gleichzeitig die Freiheit im Netz wahrt.

All das braucht einen starken Rechtsstaat! Vertrauen ist kein Selbstläufer. Auch deshalb modernisieren wir die Justiz: bessere Digitalisierung, schnellere Verfahren und – dort wo es fehlt – mehr Personal. Mit dem Pakt für den Rechtsstaat wollen wir das vorantreiben, im Schulterschluss mit den Ländern. Der Bund stellt dafür rund eine halbe Milliarde Euro zusätzlich bereit. Für die Justizcloud und andere Digitalisierungsprojekte, für eine weitreichende Unterstützung der Länder bei der Stärkung ihres Personals, für moderne Verfahren. Auch die Prozessordnungen wollen wir modernisieren, damit Gerichte Verfahren schneller abschließen können. Denn selbst eine personell und technisch gut ausgestattete Justiz stößt an ihre Grenzen, wenn das Prozessrecht bremst.

Und wir schützen die, die Verantwortung für uns alle tragen. Attacken auf Polizistinnen und Polizisten sowie Rettungs- und Einsatzkräfte haben in den vergangenen Jahren ein erschreckendes Ausmaß erreicht. So etwas muss harte Strafen nach sich ziehen. Wer Menschen angreift, die für unsere Sicherheit eintreten, greift uns alle an. Das gilt für Angriffe auf Polizistinnen und Polizisten, Feuerwehrleute und Rettungskräfte, und auch für Angriffe auf Ärztinnen und Ärzte, Pflegepersonal oder Gerichtsvollzieher. Für sie alle muss daher gelten: Starker Einsatz für uns verdient unseren starken Schutz.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,
dies ist nur eine kleine Auswahl unserer Vorhaben in diesem Jahr. Lasst uns gemeinsam beweisen, dass gute Politik einen Unterschied macht. Lasst uns gemeinsam zeigen, dass sie Hoffnung schafft, Sicherheit gibt und das Leben konkret verbessert. Lasst uns gemeinsam um die besten Lösungen ringen und dafür sorgen, dass die Erfolge unserer Politik sichtbar werden.

Für die gute und konstruktive Zusammenarbeit mit den Mitgliedern der Fraktionen von CDU/CSU und SPD im Deutschen Bundestag, insbesondere mit den stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Günter Krings und Sonja Eichwede und den rechtspolitischen Sprecherinnen Susanne Hierl und Carmen Wegge, möchte ich mich auf diesem Wege herzlichen bedanken. Ich freue mich auf dieses Jahr mit Euch und Ihnen!

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Stefanie Hubig